

31.12.2015
TA

Erfurt nahm Tausende Flüchtlinge auf: Hilfe, Hetze und die Suche nach Objekten

Drei Not- und 19 Gemeinschaftsunterkünfte wurden 2015 eingerichtet. Das Land nutzte die Messe und die Uni-Sporthalle. Die AfD demonstrierte

Erfurt. Als Anfang Februar die Stadt quasi über Nacht eine leer stehende Schule am Herrenberg als Flüchtlingsunterkunft hergerichtete, ahnte wohl kaum ein Erfurter, dass die globale Flüchtlingskrise auch in der Landeshauptstadt das bestimmende Thema des Jahres werden würde. Zehn Monate und rund 2200 Flüchtlinge später steht fest, dass die Herausforderung, diese Menschen unterzubringen und zu integrieren, die Stadt noch lange beschäftigen wird.

Der Ablauf in der alten Schule an der Scharnhorststraße sollte sich in den kommenden Monaten mehrfach wiederholen: Weil die Flüchtlingszahlen alle Prognosen übertrafen, musste die Stadt immer wieder in aller Eile leer stehende Gebäude umnutzen und für die Unterbringung vorbereiten.

Die Mitarbeiter der Verwaltung und zahllose ehrenamtliche Helfer, die auch später über Monate hinweg Zeit und Mittel für die Flüchtlinge einbrachten, verdienten sich dabei großen Respekt. Unendlich groß war auch die Spendenbereitschaft der Erfurter. Zwischenzeitlich wurde es sogar schwierig, wegen der Vielzahl an Sachspenden die Hilfe zu koordinieren.

Zu fast jeder neuen Gemeinschaftsunterkunft gehörte eine Anwohnerversammlung. Mal war sie, wie an der Scharnhorststraße, von Skepsis, Sorgen und Protest geprägt. Mal überwog die Hilfsbereitschaft. Das war zum Beispiel im März der Fall,

als die alte Geriatrie neben dem Helios-Klinikum bezogen wurde und vor allem Studenten Hilfe anboten.

Besonders in den Sommermonaten schien die Flüchtlingswelle kaum noch beherrschbar. Der Stadt gelang es aber, ihr Hauptziel zu erreichen: Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen sollten in Erfurt keine Sporthallen umgenutzt werden.

Konzertabsagen in der Thüringenhalle

Während Wohncontainer bestellt und Verhandlungen über Gebäude geführt wurden – von der LEG mietete die Stadt etwa befristet ein großes Bürogebäude an der Warsbergstraße an –, kam die Stadt aber nicht um Notunterkünfte herum. Eine Vereinssporthalle am Wiesenhügel, die Läuferhalle am Stadion und die Thüringenhalle, die ihre Konzerte absagen musste, wurden bezogen.

Derzeit hofft die Verwaltung, dass diese Notunterkünfte nicht mehr lange benötigt werden. Der alte Baumarkt an der Weimarschen Straße in Linderbach soll aber als Pufferunterkunft für neu ankommende Flüchtlinge vorbereitet werden.

Auch die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes waren bald überlastet. Als Puffereinrichtung wurde daher über die Sommermonate hinweg auch die Erfurter Messe genutzt. Bis zu 1000 Flüchtlinge lebten zwischenzeitlich in den Hallen.



50 Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan bezogen im Oktober als Erste die damals neue Gemeinschaftsunterkunft in der Erfurter Warsbergstraße.
Foto: Paul-Philipp Braun

Gerade rechtzeitig für die Reise-Messe war das Gelände wieder voll als Messe nutzbar. Doch erhob das Land nun Anspruch auf die Universitätssporthalle, die im November ebenfalls wieder leer gezogen wurde.

Gerüchte geisterten durch soziale Netzwerke

Von Beginn der Flüchtlingskrise an verbreiteten sich in den sozialen Netzwerken immer

wieder Gerüchte über vermeintliche Vorkommnisse oder Straftaten im Zusammenhang mit Flüchtlingen. Die meisten stellten sich als Hetze heraus. Flüchtlinge sollten sogar Ziegen, wechselweise von der Ega oder vom Zoo, gestohlen haben.

Der Meinungsstreit zwischen verständlichen Sorgen, Hilfsbereitschaft und Hetze wurde bald auf der Straße ausgetragen. Die Alternative für Deutschland (AfD) organisierte am Landtag und auf dem Domplatz Mittwochs-Demonstrationen gegen

die Flüchtlingspolitik, die von den Gegendemonstranten als rechtsradikal eingeschätzt wurden. Die Teilnehmerzahl bei der AfD stieg zwischenzeitlich auf bis zu 8000, sank dann aber wieder bis auf 2000 ab. Der vom Bischof aus Protest unbeleuchtet gelassene Dom und ein Besuch des ZDF-Morgenmagazins bei einer AfD-Demo ernteten bundesweit Schlagzeilen.

Am Jahresende leben 469 Flüchtlinge in Einzelunterkünften und 1554 in den 19 Gemeinschafts- sowie drei Notunter-

künften. Zudem werden 176 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Heimen betreut.

Das kommende Jahr stellt nicht nur die Frage, wie diese Menschen integriert werden können. Die Flüchtlingskrise hat auch Auswirkungen auf die Stadtfinanzen. Die Ausgaben werden zwar in der Regel von Bund und Land finanziert. Doch führt zum Beispiel die Wohnungsknappheit dazu, dass die Stadt für die angemieteten Objekte mehr Geld bezahlen muss als anderswo.